Haushaltssicherungskonzept

2012

und

Haushaltssicherungsbericht

2010

der

Stadt Burgdorf

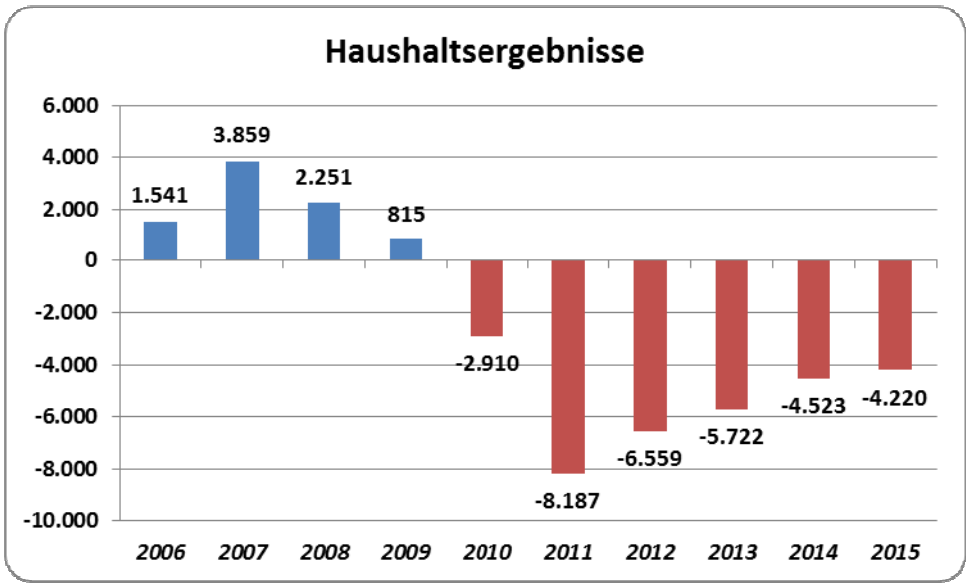
BURGDORF

Haushaltssicherungskonzept der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2012

1. Ausgangslage

Die Stadt Burgdorf hat zum 01.01.2010 ihr Rechnungswesen von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR; Doppik) umgestellt. Ab diesem Zeitpunkt fanden somit die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben des NKR Anwendung, was sich auch auf die Beurteilung der Fragen des Haushaltsausgleichs und der Haushaltssicherung bezog.

Während die letzten kameral geführten Haushaltsjahre mit einem positiven Ergebnis, d.h. mit einem Überschuss im Verwaltungshaushalt abgeschlossen wurden, konnte seit dem Zeitpunkt der Umstellung auf die Doppik kein Ausgleich der Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt dargestellt werden.



2006 – 2009 Rechnungsergebnisse, 2010 vorl. Ergebnis, ab 2011 Planansätze

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsplans 2012 zeigt im Gesamtergebnisplan eine Fortentwicklung der Jahre 2010 und 2011; sowohl im Haushaltsjahr 2012 als auch im gesamten Finanzplanungszeitraum (2013 bis 2015) müssen jeweils deutliche Fehlbeträge ausgewiesen werden.

	2012	2013	2014	2015
	€	€	€	€
ordentliche Erträge	50.061.600	50.940.200	51.910.500	52.860.500
ordentliche Aufwendungen	56.620.900	56.661.900	56.433.100	57.080.500
Saldo (Defizit)	**- 6.559.300**	**- 5.721.700**	**- 4.522.600**	**- 4.220.000**

2. Rechtliche Grundlagen

Die Gemeinden sind nach § 110 NKomVG verpflichtet, ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Der Haushalt soll in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein.

Kann dieser Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, so ist gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz definiert die Rechtsgrundlage für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts in § 110 Abs. 6 wie folgt:

‚Kann der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, so ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Darin ist festzulegen,

- innerhalb welchen Zeitraums der Haushaltsausgleich erreicht,
- wie der ausgewiesene Fehlbetrag abgebaut und
- wie das Entstehen eines neuen Fehlbetrags in künftigen Jahren vermieden werden soll.

Das Haushaltssicherungskonzept ist spätestens mit der Haushaltssatzung zu beschließen und der Kommunalaufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen.'

Darüber hinaus sind bei der Aufstellung und der inhaltlichen Ausgestaltung von Haushaltssicherungskonzepten die mit Bekanntmachung des MI vom 30.10.2007 festgelegten ‚Hinweise zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung des Haushaltssicherungskonzepts (§ 110 Abs. 6 NKomVG)' zu beachten.

Danach sind die notwendigen Maßnahmen konkret und verbindlich zu beschreiben. Der genaue Umsetzungszeitpunkt, die Umsetzungsmethode und das bezifferte Einsparvolumen jeder Einzelmaßnahme sind zu benennen. Die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Umsetzungsschritte sind im Hinblick auf die Erträge und Aufwendungen der Haushalte des Aufstellungsjahres und der Folgejahre festzulegen. Der bloße Hinweis im Haushaltssicherungskonzept auf abstrakte Prüfungsaufträge (wie in den früheren Konsolidierungskonzepten erfolgt) genügt dabei ausdrücklich nicht den besonderen Anforderungen des § 110 Abs. 6 NKomVG.

Des Weiteren sind alle Möglichkeiten der Ertragsverbesserung zu überprüfen. Alle nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen sind detailliert aufzulisten, kritisch auf ihre Erforderlichkeit hin zu überprüfen und ggf. konsequent zu reduzieren. Aufwandserhöhungen im Bereich der nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen sind einzeln darzustellen und zu begründen.

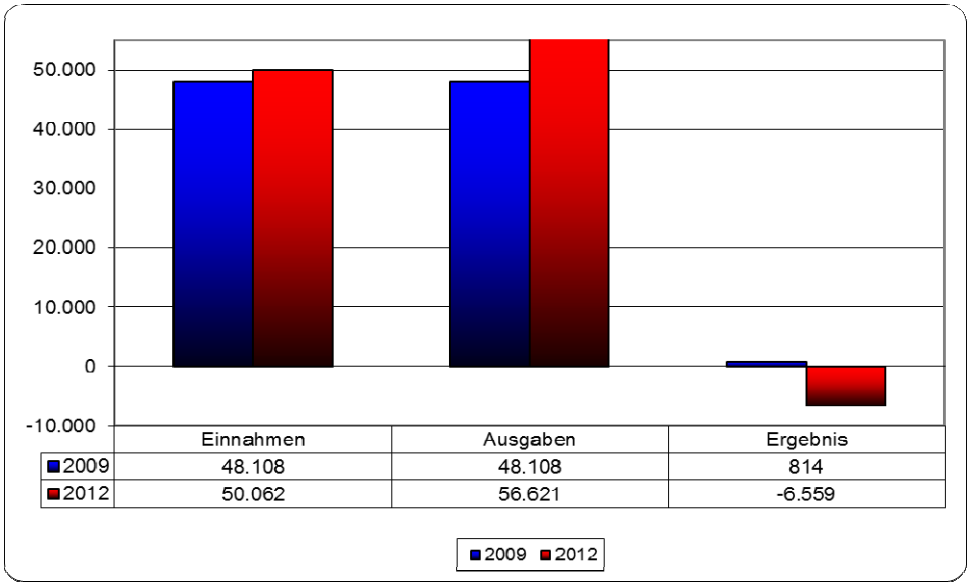
3. Analyse der aktuellen Lage / Ursachen für die Fehlbetragsentwicklung

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 weist – wie bereits erwähnt - im ordentlichen Ergebnis (Erträge: 50,062 Mio. €, Aufwendungen: 56,621 Mio. €) einen Fehlbetrag in Höhe von 6,559 Mio. € aus. Vergleicht man diese Zahlen mit dem Ergebnis des Haushaltsjahres 2009 (letzter ausgeglichener Haushalt; Einnahmen u. Ausgaben jew. 48,108 Mio. €, Ergebnis /Zuführung an VermHH +814 T€) ergibt sich eine **Ergebnisverschlechterung** von rd. **7,4 Mio. €**.

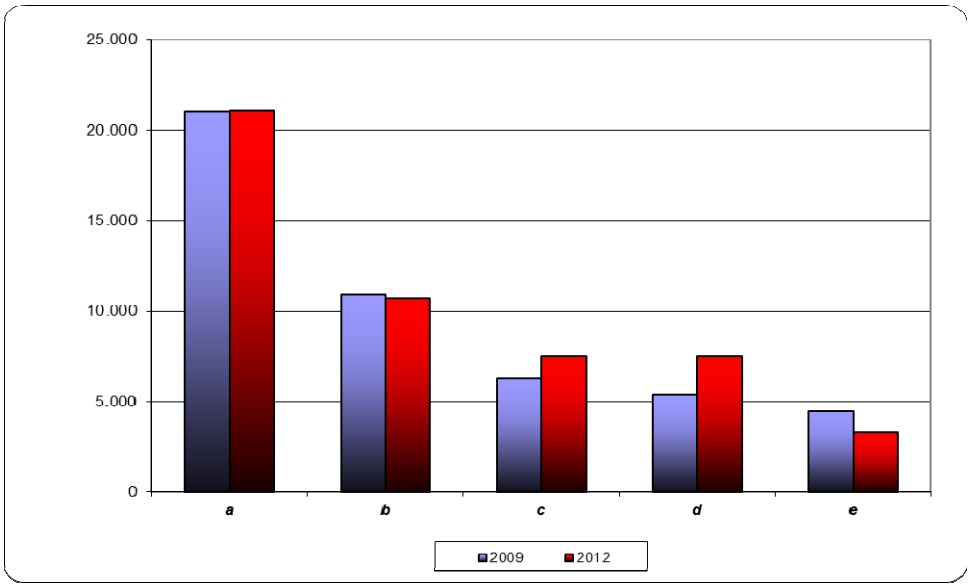
Die nachfolgenden Tabellen und Grafiken sollen einen Überblick darüber geben, in welchen Bereichen es zu den Ergebnisverschlechterungen gekommen ist.

3.1 Vergleich Verwaltungshaushalt 2009 mit Entwurf Ergebnishaushalt (ordentliches Ergebnis) 2012

	2009	2012
Einnahmen / Erträge	48.108	50.062
Ausgaben / Aufwendungen	48.108	56.621
Ergebnis	814	-6.559



3.2 Vergleich der Einnahmen des Verwaltungshaushalts 2009 mit den Erträgen des ordentlichen Haushalts 2012 (Entwurf)



Einnahmen / Erträge		2009	2012	+ / -
a	Steuern und ähnliche Abgaben	21.045	21.057	12
b	Zuwendungen u. allg. Umlagen	10.904	10.712	-192
c	öffentlich- u. privatrechtliche Entgelte	6.293	7.478	1.185
d	Kostenerstattungen, sonstige Transfererträge	5.379	7.493	2.114
e	Zinsen, sonstige ordentliche Erträge, Auflösungserträge aus Sonderposten; akt. Eigenleistungen	4.487	3.322	-1.165
		48.108	**50.062**	**1.954**

Im Vergleich zum Jahr 2009 sind die Erträge um 1.954 T€ bzw. um 4,1% gestiegen. Die auf den ersten Blick positive Entwicklung wird jedoch relativiert, wenn man sich die einzelnen Ertragsarten genauer anschaut.

Im Einzelnen:

zu a - Steuern und ähnliche Abgaben

	2009	2012	+ / -
Grundsteuer A	133	140	7
Grundsteuer B	4.299	4.525	226
Gewerbesteuer	6.067	5.100	-967
Gemeindeanteil Einkommensteuer	9.722	10.373	651
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	545	592	47
Vergnügungssteuer	158	200	42
Hundesteuer	121	127	6
	21.045	**21.057**	**12**

Der größte und damit wichtigste Einnahmeblock, die Steuern und ähnlichen Abgaben, sind in der Summe nahezu unverändert geblieben; lediglich um 12 T€ bzw. um 0,05% übersteigen die Ansätze 2012 die Rechnungsergebnisse 2009.

zu b - Zuwendungen und allgemeine Umlagen; sonstige Transfererträge

	2009	2012	+ / -
Allgemeine Deckungsmittel			
Schlüsselzuweisung	7.373	6.595	-778
Zuw. Übertragener Wirkungskreis	731	740	9
Zwischensumme	*8.104*	*7.335*	*-769*
Spezielle Deckungsmittel			
Zuweisungen f. lfd. Zwecke	2.800	3.377	577
	10.904	**10.712**	**-192**
im Einzelnen			
Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	*67*	*49*	*-18*
Jugendhilfe nach dem KJHG	*1.773*	*2.305*	*532*
Einrichtungen der Jugendhilfe (Kitas, Krippen)	*864*	*911*	*47*
Sonstiges	96	112	*16*
	2.800	*3.377*	*577*

Insgesamt ist bei dieser Ertragsart ein Rückgang von rd. 192 T € zu beobachten. Besonders negativ fällt hierbei aber auf, dass die zu den allgemeinen Deckungsmitteln zählenden Zuweisungen (Schlüsselzuweisung, Zuweisung übertragener Wirkungskreis) um rd. 769 T€ geringer ausfallen, während die speziellen Deckungsmittel um rd. 577 T€ steigen. Hier kann man in der Regel davon ausgehen, dass den zusätzlichen Erträgen zusätzliche Aufwendungen / Aufgaben in noch größerem Umfang gegenüber stehen.

zu c - öffentlich.rechtliche und privatrechtliche Entgelte

	2009	2012	+ / -
Verwaltungsgebühren	528	564	36
Benutzungsgebühren	5.272	6.274	1.002
Mieten und Pachten	346	389	43
Erträge aus Verkauf	147	195	48
Sonstige privatrechtliche Entgelte	0	56	56
	6.293	**7.478**	**1.185**

Die Mehrerträge bei den Benutzungsgebühren resultieren im Wesentlichen aus der geänderten Veranschlagung der Oberflächenentwässerung der Gemeindestraßen (815 T€ - bisher interne Leistungsverrechnungen – jetzt Benutzungsgebühren), denen ein Aufwand in gleicher Höhe gegenübersteht.

zu d - Kostenerstattungen, sonstige Transfererträge

	2009	2012	+ / -
Erstattungen Sozialbereich	4.174	6.242	2.068
Erstattungen Jugendbereich	109	61	-48
Erstattungen Bäder	395	359	-36
Erstattungen Abfall	77	74	-3
Erstattungen sonstiges	141	200	59
Ersatz von Sozialleistungen	483	557	74
	5.379	**7.493**	**2.114**

Hier gilt im Wesentlichen dasselbe wie bei den Zuweisungen für laufende Zwecke – den Mehrerträgen stehen Mehraufwendungen in gleichem Umfang gegenüber.

zu e - Zinsen, sonst. ordentliche Erträge, Auflösungserträge aus Sonderposten; akt. Eigenleistungen

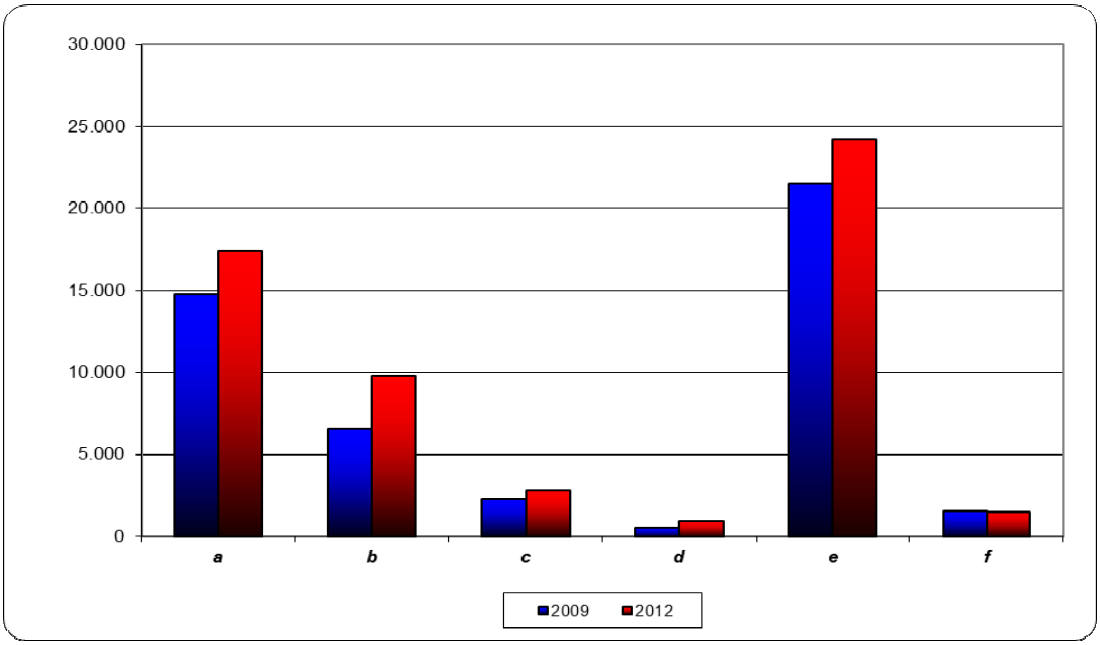
	2009	2012	+ / -
Zinsen u.ä.	35	5	-30
kalkulatorische Einnahmen	2.335	0	-2.335
Auflösung Sonderposten	0	1.120	1.120
aktivierte Eigenleistungen	114	70	-44
Konzessionsabgaben	1.661	1.436	-225
Bußgelder, Säumniszuschläge	145	207	62
sonstiges	197	484	287
	4.487	**3.322**	**-1.165**

Systembedingte Mindererträge – während im kameralen Haushalt die Abschreibungen kostenneutral innerhalb des Verwaltungshaushalts verrechnet wurden, sind sie in der Doppik tatsächlicher Aufwand, d. h. die entsprechende Einnahmeposition entfällt.

Fazit

Im Vergleich zu den Einnahmen im Jahr 2009 sind die Erträge 2012 um 1.954 T€ gestiegen. Wenn man sich aber die Struktur der Einnahmen / Erträge anschaut fällt auf, dass bei den allgemeinen Deckungsmitteln (Steuern, allg. Zuweisungen, privatrechtliche Entgelte etc.) ein Rückgang von rd. 737 T€ zu verzeichnen war, während bei den speziellen (im Zusammenhang mit Ausgaben / Aufwendungen stehenden) Einnahmen / Erträgen (Zuwendungen für lfd. Zwecke, Erstattungen etc.) ein deutlicher Zuwachs insbesondere im Sozial- und Jugendbereich zu verzeichnen war. Berücksichtigt man bei den allgemeinen Deckungsmitteln darüber hinaus, dass die Mehrerträge bei den Benutzungsgebühren im Wesentlichen durch eine neue Zuordnung der Oberflächenentwässerung der Gemeindestraßen (815 T€; bisher interne Leistungsverrechnung - jetzt Benutzungsgebühren) entstanden sind, liegen die Mindererträge bei den allg. Deckungsmitteln sogar bei 1.552 Mio. €.

3.3 Vergleich der Ausgaben des Verwaltungshaushalts 2009 mit den Aufwendungen des ordentlichen Haushalts 2012 (Entwurf)



		2009	2012	+ / -
a	Personalaufwand	14.771	17.426	2.655
b	Sach- und Dienstleistungen	6.599	9.826	3.227
c	Abschreibungen / kalk. Zinsen	2.335	2.815	480
d	Zinsen	527	890	363
e	Transferaufwand	21.484	24.193	2.709
f	Sonst. Ordentl. Aufwand *	1.578	1.471	-107
		47.294	**56.621**	**9.327**
	** ohne Zuführung zum VermHH im HHJ 2009*	*814*		

Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2009 steigen die Aufwendungen um 9.327 T€ bzw. um 19,7 %. In den nachfolgenden Übersichten wird dargestellt, auf welche Bereiche die Steigerungen entfallen.

zu a - Personalaufwand

Die Aufwendungen für das aktive Personal sind gegenüber dem Jahr 2009 um 2.655 T€ bzw. um 18% gestiegen. Systembedingt durch die Doppikumstellung sind hiervon 317 T€, die auf die Zuführungen zur Pensions- und Beihilferückstellung entfallen (in der Kameralistik nicht vorgesehen). Die restlichen Personalaufwendungen verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Aufgabenbereiche:

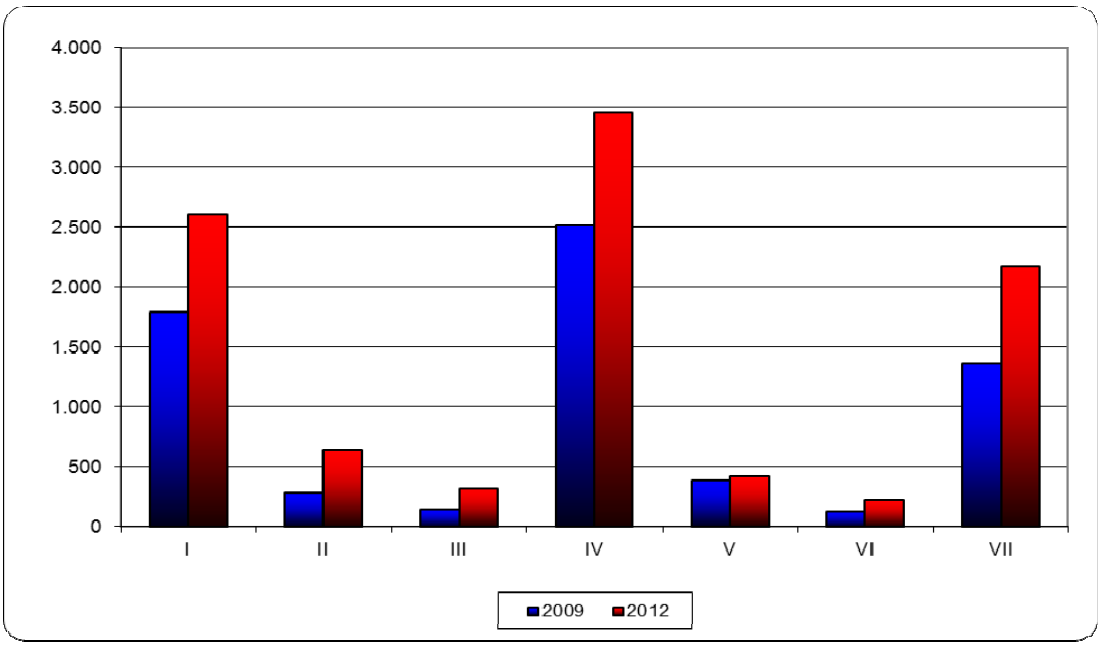
	2009	**2012**	**+ / -**
Zentrale Verwaltung	3.578	3.856	278
Kinder-, Jugend-, Familienhilfe	3.886	5.116	1.230
Bauhöfe	1.936	2.212	276
Sonstiges	5.371	5.925	554
	14.771	**17.109**	**2.338**
Zuführungen zur Rückstellung	0	317	317
	14.771	**17.426**	**2.655**

Betrachtet man die Anzahl der Stellen im Vergleich der Jahre 2009 und 2012 (einschließlich der im Stellenplan vorgesehenen neuen Stellen), ergibt sich ein Plus an zusätzlichen Stellen von 31,25. Hiervon entfallen auf

- *Zentrale Verwaltung +3*
- *Kinder-, Jugend-, Familienhilfe +21,25*
- *Bauhöfe +5*
- *Sonstiges +2).*

Die Tarifsteigerungen bei den Tariflich Beschäftigten lagen 2010 bei 1,2 % (Beamte 1,2 %), 2011 bei 1,1 % +Einmalzahlung von 240 € (Beamte 1,5 % + Einmalzahlung von 360 €) und 2012 bei 2 % - *geschätzt, ab 01.03.2012* – (Beamte 1,9 % + Sockelbetrag 17 €).

zu b - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen



		2009	2012	+ / -
I	Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1.792	2.611	819
II	Beschaffung / Unterhalt. des bewegl. Vermögens	279	639	360
III	Mieten, Pachten, Leasing	142	314	172
IV	Bewirtschaftungskosten	2.512	3.456	944
V	Haltung von Fahrzeugen	384	418	34
VI	Bes. Aufw. f. Beschäftigte	130	222	92
VII	Bes. Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	1.360	2.166	806
		6.599	**9.826**	**3.227**

zu I Die Mehraufwendungen im Vergleich zum Jahr 2009 sind überwiegend systembedingter Natur. Die größeren Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden wurden im kameralen Haushalt als Investitionen im Vermögenshaushalt veranschlagt, im doppischen Haushalt sind sie als Aufwand in den Ergebnishaushalt einzustellen (Ansatz 2012 = 714.000 €).

zu II Die Differenz zwischen den Jahren '09 und '12 ist ebenfalls systembedingt - allerdings handelt es sich hierbei nicht nur um eine Verschiebung der Ansätze für die Software (Support u. ä.) von den Geschäftsausgaben zur Unterhaltung des beweglichen Vermögens (Differenz 331 T€).

zu III u. a. Rathaus IV

zu IV	Bewirtschaftungskosten	**2009**	**2012**	**+ / -**
	Öffentliche Abgaben	70	70	0
	Strom	432	494	62
	Heizkosten	682	531	-151
	Wasser / Abwasser	131	133	2
	Unterhaltsreinigung	668	792	124
	Gebäudeversicherungen	132	137	5
	Abfallbeseitigung	302	344	42
	Oberflächenentwässerung*	0	815	815
	Sonstige Bewirtschaftungskosten	95	140	45
		2.512	3.456	944

** war bisher den internen Leistungsverrechnungen zugeordnet.*

Bereinigt um die Oberflächenentwässerung sind die Bewirtschaftungskosten lediglich um 129 T€ bzw. um 5,1 % gestiegen.

zu VII Mehraufwand u.a. durch

EDV	65
Nachmittagsangebot OGS	167
Klimaschutz-Aktionsprogramm	70
Aufwertung Friedhöfe	75
Verkehrstechnische Untersuchungen	20
Gestaltungskonzept Innenstadt	20
Landschaftsplan	33

zu c - Abschreibungen / Kalkulatorische Zinsen

	2009	2012	+ / -
Abschreibungen	1.706	2.815	1.109
Kalkulatorische Zinsen	629	0	-629
	2.335	**2.815**	**480**

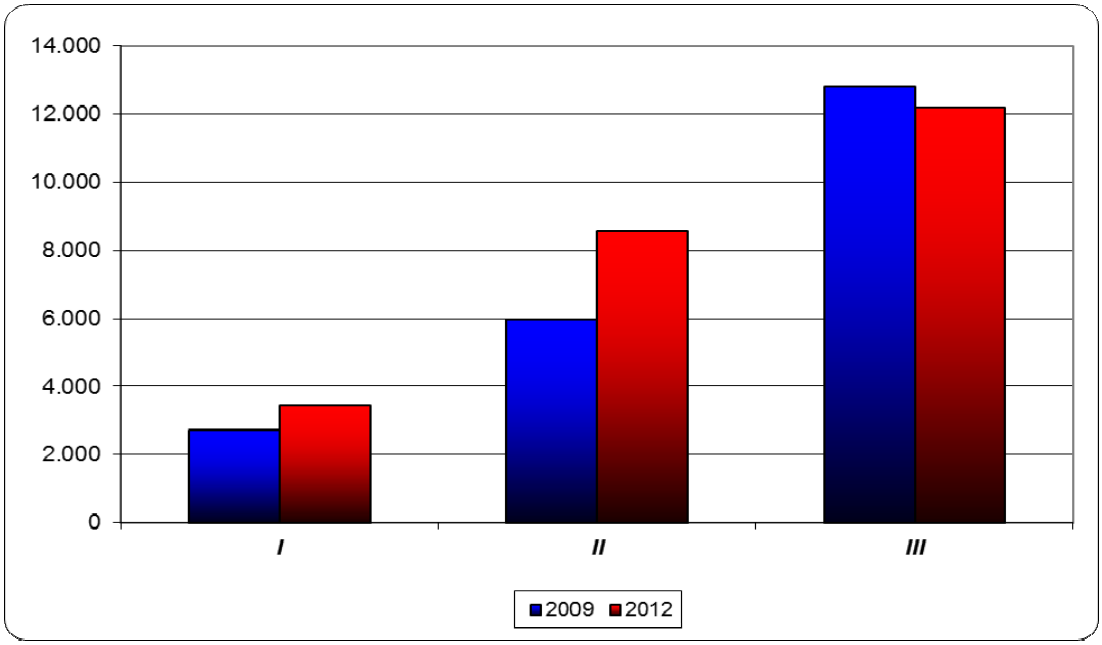
Systembedingte Mehraufwendungen - während im Jahr 2009 Abschreibungen nur für die kostenrechnenden Einrichtungen (Abwasser, Straßenreinigung, Bestattungswesen, Markt) veranschlagt wurden, war mit der Einführung der Doppik eine flächendeckende Veranschlagung der Abschreibungen vorzunehmen; eine Veranschlagung von kalkulatorischen Zinsen ist hingegen bei der Doppik nicht vorgesehen.

zu d - Zinsen

	2009	2012	+ / -
Zinsen f. Investitionsdarlehen	526	775	249
Zinsen f. Liquiditätsdarlehen	1	115	114
	527	**890**	**363**

Die erhöhten Aufwendungen sind die Folge der ansteigenden Verschuldung und der Fehlbeträge im Finanzhaushalt.

zu e - Transferaufwand



		2009	2012	+ / -
I	**Zuw. / Zusch. f. lfd. Zwecke**	2.709	3.436	727
II	**Sozialtransferaufwendungen**	5.978	8.560	2.582
III	**Allg. Umlagen**	12.797	12.197	-600
		21.484	**24.193**	**2.709**

Insgesamt sind die Transferaufwendungen um 2.709 T € (+12,6%) gestiegen, wobei der größte Anteil hiervon auf die Sozialaufwendungen entfällt (+2.582 T€). Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sind im Wesentlichen aufgrund der Auszahlungen an die freien Kindertagesstätten / -krippen um rd. 727 T€ gestiegen. Die allgemeinen Umlagen sind wegen der gesunkenen Steuerkraft der Stadt um rd. 600 T€ zurückgegangen.

zu I	***Zuw. / Zusch. f. lfd. Zwecke***	**2009**	**2012**	**+ / -**
	Freie Kita / Krippen	1.155	1.745	590
	WBB	815	850	35
	Sonstige	739	841	102
		2.709	**3.436**	**727**

zu II	***Sozialtransferaufwendungen***	**2009**	**2012**	**+ / -**
	Sozialbereich	4.457	6.496	2.039
	Jugendbereich	1.521	2.064	543
		5.978	**8.560**	**2.582**

zu III	***Regions- u. Gewerbesteuerumlage***	**2009**	**2012**	**+ / -**
	Gewerbesteuerumlage	987	852	-135
	Entschuldungsumlage	0	60	60
	Regionsumlage	11.810	11.285	-525
		12.797	**12.197**	**-600**

zu f - sonstiger ordentlicher Aufwand	**2009**	**2012**	**+ / -**
Personalnebenkosten	15	10	-5
Aufw. f. ehrenamtliche Tätigkeit	205	201	-4
Mitgliedsbeiträge u. ä.	54	6	-48
Geschäftsaufwendungen	640	476	-164
Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	239	258	19
Erstattungen	322	407	85
Sonstiges	103	113	10
	1.578	**1.471**	**-107**

Fazit Ausgaben / Aufwendungen

Die Aufwendungen im Haushaltsplan 2012 sind im Vergleich zu den Ausgaben des Jahres 2009 (Rechnungsergebnisse) um rd. 9,3 Mio. € gestiegen. Betrachtet man hier die Struktur, ergeben sich zusammengefasst die folgenden wichtigsten Ursachen für die Steigerung:

Personalkostensteigerungen		**2.338**
(ohne systembedingte Mehraufwendungen)		
Systembedingte Mehraufwendungen		**317**
Personal - Zuführungen zu Rückstellungen	317	
Transferaufwand		**2.709**
(Zuschüsse f. lfd. Zwecke u.		
Sozialtransferaufwendungen)		
Sach- und Dienstaufwand		**1.367**
(o. systembedingte Mehraufwendungen)		
Systembedingte Mehraufwendungen		**1.860**
Gebäudesanierung (kameral = VermHH),	*714*	
Software u.	*331*	
Oberflächenentwässerung)	*815*	
Flächendeckende **Abschreibungen**	480	**480**
(systembedingte Mehraufwendungen)		
Zinsen		**363**

Die Analyse der aktuellen haushaltswirtschaftlichen Lage ist für die Stadt Burgdorf kein erstmaliger und einmaliger Prozess, der vor dem Hintergrund der Erfordernisse der Haushaltssicherung durchgeführt wird. Vielmehr findet sich im jährlichen Vorbericht zum Haushaltsplan und in den Rechenschaftsberichten zum Jahresabschluss bereits eine Vielzahl verschiedenster Grafiken und Tabellen, welche die Entwicklung wesentlicher Daten chronologisch abbilden.

Die o. a. Übersichten zeigen die Bereiche an, in denen es zu den überwiegend nachteiligen Entwicklungen gekommen ist.

Die Gründe für die aufgeführten Veränderungen (zum Jahr 2009 und den Vorjahren) sind vielfältig und waren nur zum Teil von der Stadt Burgdorf zu vertreten (interne Gründe). Ein Großteil der Faktoren für die Ergebnisverschlechterung wurde von außen vorgegeben und war von der Stadt Burgdorf – wenn überhaupt – nur geringfügig zu beeinflussen (externe Gründe).

Bei den externen Gründen können beispielsweise angeführt werden:

- der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz
- die Ausweitung der Krippenbetreuung
- die Doppik-Umstellung mit den systembedingten zusätzlichen Aufwendungen
- Tarifsteigerungen
- Eingriffe der Landesregierung in den kommunalen Finanzausgleich
- Einführung einer Entschuldungsumlage

Ferner ergeben sich auch aus den aktuellen bundespolitischen Beschlüssen bzw. Vorhaben weitere Belastungen für die Kommunen. Die geplanten Entlastungen bei der Einkommensteuer werden sich über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wiederum unmittelbar auf den städtischen Haushalt auswirken.

Die aufgeführten Gründe sind nur einige Beispiele und erheben keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit.

Bei den internen Faktoren sind u. a. die Ausweitung der Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten und die Einführung einer Offenen Ganztagsschule an allen Grundschulen zum Beginn des Schuljahres 2011/2012 zu nennen.

4. Haushaltssicherungskonzepte 2010 und 2011

Die fortgeschriebenen Haushaltssicherungskonzepte der Jahre 2010 und 2011 sind als Anlage beigefügt.

Konsolidierungsvolumen					
	2010	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**
	T€	T€	T€	T€	T€
Maßnahmen HSK 2010	76	757	1.070	1.401	* 1.401
Maßnahmen HSK 2011		932	1.339	1.517	1.579
	76	1.689	2.409	2.918	2.980

** Fortgeschriebener Betrag*

Sicherungsmaßnahmen	**Jahr**	**Ergebnis-verbesserung 2012 €**
Benutzungsgebühren u. ä. Entgelte	**2010 2011**	**80.000**
Erhöhung der Benutzungsgebühren um 10% mit Ausnahme der kostendeckenden Bereiche (Abwasser, Straßenreinigung u. Marktwesen) und der Kindergärten; *Anpassung der Kita-Gebühren um 3% im Jahr 2011 und 2% im Jahr 2013*		
Grundsteuern	**2010 2011**	**220.000**
Anhebung der Hebesätze auf 415 v.H. i.J. 2011, 420 v.H. i.J. 2012 und 425 v.H. i.J. 2013		
Gewerbesteuer	**2010 2011**	**475.000**
Anhebung der Hebesätze auf 415 v.H. i.J. 2011, 420 v.H. i.J. 2012 und 425 v.H. i.J. 2013 *Optimistischere Vermarktungsannahmen beim Gewerbegebiet Nord-West*		
Veranstaltungszentrum (Zuschussbedarf)	**2011**	**60.000**
Deutliche Reduzierung des Zuschussbedarfs nach Ablauf des aktuellen Pachtvertrages		
Betriebskosten (Unterhaltung, Bewirtschaftung etc.)	**2010 2011**	**84.000**
Schließung der Verwaltungsnebenstellen Otze und Raml. / Ehlersh.; Reduzierung der Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwendungen durch die Veräußerung von Liegenschaften (Weidendamm, V.d.Celler Tor, Eseringer Str., Ratsweg); Verringerung der Abfallmengen; Reduzierung d. Glasreinigung jedes 2. Jahr von 2x auf 1x jährl.; Reduzierung Kosten / Pflegemaßnahmen Bauhof; Umstellung der Baumschnittarbeiten; verstärkter Einsatz eines Mietsteigers, dadurch geringere Kosten bei Baumschnittarbeiten, die extern vergeben werden; Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen; Abstellen der Brunnen o. Übernahme der Kosten durch Patenschaften		
Bilanzgewinn Stadtsparkasse	**2011**	**23.000**

Erhöhung des Anteils am Bilanzgewinn der Stadtsparkasse Burgdorf		
Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	**2011**	**60.000**
Zinsersparnis durch Optimierung der Liquiditätsplanung		
Globale Minderausgaben / Ergebnisverbesserung	**2011**	**800.000**
Personal - u.a. verzögerte Neu- / Wiederbesetzung von freien Stellen *Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens - u.a. Verzicht auf Schönheitsreparaturen, Beschränkung der baul. Unterhaltung auf das Notwendigste* *Sach- und Dienstleistungen - Vorgabe an die Fachabteilungen bzw. die städtischen Einrichtungen, die Einsparvorgaben durch geeignete Maßnahmen und eine sparsame Mittelbewirtschaftung zu erzielen* *Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - u.a. Reduzierung der Verluste der Wirtschaftsbetriebe Burgdorf GmbH und in Folge dessen des Zuschusses der Stadt Burgdorf* *Zinsaufwendungen - effektives Kreditmanagement; weitere Optimierung der Liquiditätsplanung* *Abschreibungen - Ausnutzung von Wahlmöglichkeiten bei der Vermögenserfassung / -bewertung im Rahmen der Eröffnungsbilanz, Überprüfung der Standards bei Investitionen (z. B. kostengünstigere Realisierung bei Baumaßnahmen), spätere Umsetzung / Streckung einzelner Investitionen*		
Personalkosten (Gesamtansatz)	**2010**	**302.000**
bis 2013 Reduzierung um 3 % gegenüber 2010		
Geschäftsaufwendungen (Gesamtansatz)	**2010**	**18.600**
bis 2013 Reduzierung um 5 % gegenüber 2010		

5. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes / neue Sicherungsmaßnahmen

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Ergebnisverbesserung			
			2012	2013	2014	2015
			€	€	€	€
1	11100	Städtepartnerschaften	15.900	1.400	1.400	1.400
2	11100	Großraumentdeckertag	1.500	1.500	1.500	1.500
3	11101	Öffentlichkeitsarbeit	5.000	5.000	5.000	5.000
4	11106	Energieeinsparungen		2.800	2.800	2.800
5	12201	Bürgerbüro	20.000	20.000	20.000	20.000
6	126, 21, 272, 365, 366	Budgetierungsrichtlinien	15.000	15.000	15.000	15.000
7	21100	Lehrschwimmbecken Gudrun-Pausewang-GS	33.300	33.300	33.300	33.300
8	27200	Stadtbücherei	5.000	5.000	5.000	
9	28100	Aufwendungen für Schützenfeste und Ratsschießen	5.500	4.600	4.600	4.600
10	31501	Essen auf Rädern	500	500	500	500
11	36300	Jugendamt	50.000	50.000	50.000	50.000
12	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	1.700	1.700	1.700	1.700
13	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	1.000	1.000	1.000	1.000
14	52100	Gebühren Bauverwaltung	1.000	1.000	1.000	1.000
15	54100	Förderung des Radverkehrs	15.000	15.000	15.000	15.000
16	54501	Reduzierung der Stromkosten für die Straßenbeleuchtung	10.000	50.000	50.000	50.000
17	54600	Ausweisung zusätzlicher Parkplätzen zur Bewirtschaftung mit Parkscheinautomaten	18.000	18.000	18.000	18.000
18	551, 554	Hundetoiletten (s. auch investiv Produkt 55400)	10.000	10.000	10.000	10.000

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Ergebnisverbesserung			
			2012	2013	2014	2015
			€	€	€	€
19	55100	Reduzierung Baumpflegemaß-nahmen			6.000	12.000
20	55200	Gewässerunterhaltung	10.000	10.000	10.000	10.000
21	57100	Stadt- und Standortwerbung	2.500	2.500	2.500	2.500
22	61100	Grund- / Gewerbesteuer		25.000	50.000	75.000
23	61100	Vergnügungssteuer	8.000	16.600	16.600	16.600
		Summe	**228.900**	**289.900**	**320.900**	**346.900**

Die einzelnen Maßnahmen werden in der Anlage genauer erläutert.

Neben den aufgeführten konkreten und verbindlichen Maßnahmen arbeitet die Stadt Burgdorf permanent daran, den Haushalt so weit wie möglich zu entlasten. Für die unmittelbare Zukunft sind in diesem Zusammenhang u.a. auch Untersuchungen darüber vorgesehen bzw. bereits begonnen,

- ob durch eine Änderung der Rechtsform einzelner städtischer Bereiche (Regiebetriebe) Einsparungen zu erzielen sind,
- in wie weit beim burgdorfer Hallen- / Freibad durch geeignete Maßnahmen (evtl. auch Schließung eines Teilbereiches) eine wirtschaftlichere Betriebsführung und damit eine spürbare Verringerung des Transferbedarfs möglich wäre,
- durch Prozessoptimierungen (Prozess-)Kostenreduzierungen zu erreichen sind.

Diese Maßnahmen wurden (noch) nicht in die Auflistung der Sicherungsmaßnahmen aufgenommen, da es sich hierbei bisher nur um Prüfaufträge handelt und sich die zu erzielenden Einsparungen derzeit weder zeitlich noch vom Umfang her beziffern lassen.

6. Zusammenfassung und Ausblick

Die im Haushaltssicherungskonzept zu treffenden Maßnahmen sollen dazu beitragen, den Ausgleich des Ergebnishaushaltes im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung, d. h. hier bis zum Jahr 2015, wieder herzustellen und für die kommenden Jahre zu sichern.

In Niedersachsen steigt seit Jahren die Zahl der Städte und Gemeinden, die entsprechende Konzepte aufstellen. In den meisten Fällen bleibt der Erfolg jedoch wegen stetig sinkender Erträge bzw. steigender Aufwendungen sowie zusätzlicher Aufgaben aus.

Ohne grundlegende Änderungen zur Verbesserung der Ertragssituation der Kommunen, z.B. im Rahmen des Finanzausgleichs, wird es nicht möglich sein, den Haushaltsausgleich in dem vorgeschriebenen Zeitraum herbeizuführen. Mit einem realistischen Blick auf die folgenden Haushaltsjahre ist es lediglich möglich, das Ausmaß der zu erwartenden Defizite zu begrenzen und die Leistungsfähigkeit und das Leistungsangebot weitgehend aufrecht zu erhalten. Negativen Abweichungen während der Haushaltsausführung ist konsequent entgegen zu wirken.

Die Verwaltung wird durch eine sparsame Mittelbewirtschaftung weiterhin daran arbeiten, die Aufwendungen der beeinflussbaren Haushaltspositionen in der Ausführung des Haushaltsplanes über die im Haushaltssicherungskonzept dargestellten Maßnahmen hinaus zu reduzieren. Die Zielsetzung ist, durch Aufwandsreduzierungen bzw. auch Ertragserhöhungen die Fehlbeträge in den Jahresrechnungen kontinuierlich zu senken. Im Bericht zum Haushaltssicherungskonzept 2012 wird auch dargelegt werden, in welchem Umfang dieses Ziel umgesetzt werden konnte.

Was die im Haushaltssicherungskonzept vorgesehenen Maßnahmen betrifft, können selbstverständlich auch andere Prioritäten gesetzt und/oder Änderungen oder Ergänzungen des Entwurfs vorgenommen werden.

Unter Berücksichtigung der zuvor dargestellten Rechts- und Sachlage wird dem Rat der Stadt Burgdorf empfohlen, den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes zu beschließen.

Haushaltssicherungsbericht 2010

Rechtsgrundlage

Gem. § 110 Abs. 6 NKomVG ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, sofern der Haushaltsausleich nicht erreicht werden kann. Darin ist festzulegen, innerhalb welchen Zeitraums der Haushaltsausgleich erreicht, wie der ausgewiesene Fehlbetrag abgebaut und wie das Entstehen eines neuen Fehlbetrages in künftigen Jahren vermieden werden soll.

Das Haushaltssicherungskonzept ist spätestens mit der Haushaltssatzung zu beschließen und der Kommunalaufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen. Ist nach Satz 1 ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und war dies bereits für das Vorjahr der Fall, so ist über den Erfolg der Haushaltssicherungsmaßnahmen ein Haushaltssicherungsbericht beizufügen. Im Haushaltssicherungsbericht wird über den Erfolg der Haushaltssicherungsmaßnahmen berichtet.

Im Folgenden werden die Maßnahmen des Jahres 2010, die zur Sicherung bzw. Konsolidierung des Haushalts der Stadt Burgdorf vorgenommen worden sind, dargestellt und deren Umsetzung kurz erläutert.

Haushaltssicherungsmaßnahmen 2010

Der am 10.12.2009 vom Rat beschlossene Haushaltsplan 2010 weist einen strukturellen Fehlbedarf von 7.928.200 € aus. Als Konsolidierungsziel sieht das gleichzeitig verabschiedete Haushaltssicherungskonzept 2010 Mehrerträge / Minderaufwendungen in Höhe von 75.900 € vor.

Im Einzelnen:

zu 1. Produktkonto 11106.424104 - Reinigungskosten

Beschreibung der Maßnahme

Reduzierung der Glasreinigung jedes 2. Jahr von 2x jährlich auf 1x jährlich.

Ansatz HH 2010 = 689.900 € (Reinigungskosten gesamt)

	2010
Minderaufwand	9.400 €

Umsetzung

Für das Jahr 2010 wurde für alle städtischen Gebäude (mit Ausnahme der Friedhofskapellen) vereinbart, die Glas- und Rahmenreinigung wie folgt zu reduzieren:

- Verträge mit der 2x jährlichen Glasreinigung und Rahmenreinigung bei Bedarf – nur eine Glasreinigung in 2010 und keine Rahmenreinigung
- Verträge mit der 1x jährlichen Glasreinigung und der 1x jährlichen kombinierten Glas- und Rahmenreinigung – in 2010 nur 1x die kombinierte Glas- und Rahmenreinigung und keine Glasreinigung

Maßnahmenbezogen wurde daher die Haushaltssicherung erreicht, auch wenn das im Konzept aufgeführte Produktkonto dieses so nicht direkt ausweist (*vorl. Rechnungsergebnis = 709.195 €*).

zu 2. Produktkonto 11112.427100 - Vermessung und Werbung Grundstücke

Beschreibung der Maßnahme

Verzicht auf nicht zwingende Vermessung / Werbung

Ansatz HH 2010 = 20.000 €

	2010
Minderaufwand	10.000 €

Umsetzung

Das Produktkonto wurde im Jahr 2010 entsprechend den Vorgaben im Haushaltssicherungskonzept bewirtschaftet (*vorl. Rechnungsergebnis = 1.000,90 €*). Für das Haushaltsjahr 2011 wurde der Ansatz auf 10.000 € reduziert.

zu 3. Produktkonto 12203.356103 - Verwarnungsgelder fließender Verkehr

Beschreibung der Maßnahme

Anschaffung einer neuen Kamera zur Überwachung des fließenden Verkehrs – hierdurch höherer Anteil an Verwarnungsgeldern für die Stadt Burgdorf

Ansatz HH 2010 = 15.000 €

	2010
Mehrertrag	0 €

Umsetzung

Die Kamera wurde im Jahr 2010 angeschafft, die im Haushaltssicherungskonzept (für 2011) prognostizierten Mehrerträge konnten realisiert werden (*vorl. Rechnungsergebnis 2010 = 17.016 €; Ansatz Haushalt 2011 = 30.000 €*; Stand 11/2011 rd. 55.000 €).

zu 4. Produktkonto 11112.429100 - Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen

Beschreibung der Maßnahme

Reduzierung der Pflege von städtischen Flächen durch den Bauhof

Ansatz HH 2010 = 2.500 €

	2010
Minderaufwand	500 €

Umsetzung

Das Produktkonto (neues PK 11112.481100) wurde im Jahr 2010 entsprechend den Vorgaben im Haushaltssicherungskonzept bewirtschaftet (*vorl. Rechnungsergebnis = 1.613,76 €*).

zu 5. Produktkonto 57100.427100 - Mittel für Standortwerbung

Beschreibung der Maßnahme

Reduzierung des Etats für Standort- und Imagewerbung / Sponsorensuche

Ansatz HH 2010 = 24.000 €

	2010
Minderaufwand	12.000 €

Umsetzung

Durch entsprechende Maßnahmen wurden auch bei diesem Produktkonto im Jahr 2010 die Vorgaben des Haushaltssicherungskonzepts erfüllt (*vorl. Rechnungsergebnis = 9.495,42 €*). Für das Haushaltsjahr 2011 wurde der Ansatz auf 12.000 € reduziert.

zu 6. Produktkonto 57100.429100 - Pflegemaßnahmen Bauhof / Gärtnerbauhof

Beschreibung der Maßnahme

Reduzierung der Kosten durch den Bauhof

Ansatz HH 2010 = 18.000 €

	2010
Minderaufwand	5.000 €

Umsetzung

Die Inanspruchnahme des Bauhofes für den Bereich Wirtschaftsförderung wurde entsprechend den Vorgaben im Haushaltssicherungskonzept reduziert (*vorl. Rechnungsergebnis = 10.408,58 €*).

zu 7. Produktkonto 57500.427100 - Druckerzeugnisse zur Imagewerbung

Beschreibung der Maßnahme

Verzicht auf Druckerzeugnisse / Sponsorensuche

Ansatz HH 2010 = 3.000 €

	2010
Minderaufwand	1.500 €

Umsetzung

Das Produktkonto wurde im Jahr 2010 entsprechend den Vorgaben im Haushaltssicherungskonzept bewirtschaftet (*vorl. Rechnungsergebnis = 729,89 €*). Für das Haushaltsjahr 2011 wurde der Ansatz auf 1.500 € reduziert.

zu 8. Produktkonto 57500.429100 - Leistungen Bauhof für Fremdenverkehrsförderung

Beschreibung der Maßnahme

Verzicht auf Maßnahmen durch den Bauhof

Ansatz HH 2010 = 500 €

	2010
Minderaufwand	500 €

Umsetzung

Im Jahr 2010 wurde der Bauhof nicht für den Bereich Fremdenverkehrsförderung eingesetzt (*vorl. Rechnungsergebnis = 0,00 €*).

zu 9. Produktkonto 21100.332100 - Gudrun-Pausewang-GS, Benutzungsgebühren

Beschreibung der Maßnahme

Erhöhung der Pauschale für die Nutzung der Sporthalle durch die 1. Herrenmannschaft des TSV

Ansatz HH 2010 = 40.000 €

	2010
Mehrertrag	6.000 €

Umsetzung

Die Pauschale für die Nutzung der Sporthalle wurde für die Saison 2010 / 2011 von 3.000,00 € auf 6.000,00 € erhöht. Das Rechnungsergebnis bei diesem Produktkonto liegt im Jahr 2010 bei 53.912,46 €.

zu 10. Produktkonto 24300.431812 - Zuschüsse an übrige Bereiche - Schulbeihilfen

Beschreibung der Maßnahme

Zahlung Zuschuss für ALG II Empfänger durch Job-Center

Ansatz HH 2010 = 0 € (Ansatz 2009 = 30.000 €)

	2010
Minderaufwand	30.000 €

Umsetzung

Bei dem Produktkonto wurde im Jahr 2010 kein Ansatz im Haushaltsplan aufgenommen.

zu 11. Produktkonto 55400.427102 - Neuaufstellung Landschaftsplan

Beschreibung der Maßnahme

Reduzierung des Leistungsumfangs

Ansatz HH 2010 = 10.000 € *(HH 2011 = 56.000 €; HH 2012 = 27.000 €)*

	2010	*2011*	*2012*
Minderaufwand	0 €	*30.000 €*	*20.000 €*

Umsetzung
Anstelle der ursprünglich vorgesehenen Neuaufstellung oder Fortschreibung eines vollständigen Landschaftsplanes wird nur ein landschaftsplanerischer Fachbeitrag zum Flächennutzungsplan erarbeitet. Im Haushaltsplan 2011 wurden folgende Ansätze berücksichtigt :

2011 = 10.000 €; 2012 = 26.000 €; 2013 = 17.000 €

Insgesamt ergibt sich somit eine Einsparung in Höhe von 40.000 €.

zu 12. Produktkonto 31500.332100 - Soz. Einrichtungen für Wohnungslose, Benutzungsgebühren u. ä. Entgelte

Beschreibung der Maßnahme

Anpassung der Nebenkostenpauschale für die Obdachlosenunterkünfte

Ansatz HH 2010 = 40.000 €

	2010
Mehrertrag	1.000 €

Umsetzung
Die Nebenkostenpauschale wurde zum 01.01.2011 von 1,82 €/m² auf 2,64 €/m³ erhöht.

zu 13. Produktkonto 61100.301100 - Grundsteuer A
zu 14. Produktkonto 61100.301100 - Grundsteuer B
zu 15. Produktkonto 61100.301100 - Gewerbesteuer

Beschreibung der Maßnahme

Anhebung der Hebesätze auf jeweils 415 v.H.

	2010
Mehrertrag	0 €

Umsetzung
Die Hebesätze für die Grundsteuern A und B und die Gewerbesteuer wurden mit der Haushaltssatzung 2011 auf jeweils 415 v. H. angehoben.

zu 16. Produktkonto 61100.301300 - Gewerbesteuer

Beschreibung der Maßnahme

Optimistischere Vermarktungsannahmen beim Gewerbegebiet Nord-West

	2010
Mehrertrag	0 €

Umsetzung
Der für das Jahr 2011 prognostizierte Effekt ist (bisher) nicht eingetreten und wurde bei der Bildung des Ansatzes 2011 auch nicht berücksichtigt. Aufgrund des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs konnte der Ansatz bei der Gewerbesteuer aber (neben der Hebesatzveränderung) noch weiter nach oben korrigiert werden.

zu 17. Produktkonto 57101 - Veranstaltungszentrum

Beschreibung der Maßnahme

Deutliche Reduzierung des Zuschussbedarfs nach Ablauf des aktuellen Pachtvertrags

Zuschussbedarf 2010 = 114.200 €

	2010
Mehrertrag / Minderaufwand	0 €

Umsetzung
Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 22.06.2010 wurde eine Vertragsänderung vorgenommen, die aber aufgrund der besonderen Position des Pächters nicht zu der angestrebten Reduzierung, sondern zu einer Erhöhung des Zuschussbedarfs um rd. 9.700 € geführt hat. Darüber hinaus hat der Verwaltungsausschuss die Verwaltung beauftragt, unterschiedliche Konzepte für die weitere Betriebsführung des Veranstaltungszentrums zu erstellen.
Zum 01.01.2012 erfolgt eine Neuverpachtung des Objektes, die im Ergebnis zu einem deutlich geringeren Zuschussbedarf im Haushalt führt (Zuschussbedarf 2012 = 42.200 €).

zu 18. Produktkonto 40..... - Personalaufwendungen

Beschreibung der Maßnahme

Reduzierung der Personalaufwendungen um 3% gegenüber 2010 bis zum Jahr 2013

Ansatz 2010 = 15.092.800 €

	2010
Minderaufwand	0 €

Umsetzung
Die Personalkosten beliefen sich in 2010 auf 14.982.559 € (ohne Zuführung zur Rückstellung). Somit wurden gegenüber dem Ansatz rd. 96.300 € (0,6 %) eingespart, die Kostensteigerung gegenüber 2009 lag bei 1,33 %.

Unabhängig von den Vorgaben der Haushaltssicherung erfolgt seitens der Stadt Burgdorf eine sparsame Bewirtschaftung der Haushaltsmittel. Der Grundsatz der Aufwandsvermeidung hat einen hohen Stellenwert. Allerdings kann diese „Einsparungs-Schraube“ nicht beliebig fest angezogen werden, um mehr Kosten einzusparen. Vielmehr ist in jedem Einzelfall zu prüfen, ob eine mögliche finanzielle Einsparung nicht zu Problemen führt, die diese bei Betrachtung aller Effekte überragen. Aufgrund rechtlicher Bindungen sind Einsparungen ohnehin nur in verhältnismäßig geringem Umfang möglich. Die stetigen Be-

mühungen Erträge zu generieren, führen ebenfalls nur zu recht geringen finanziellen Verbesserungen.

zu 19. Produktkonto 4431.... - Geschäftsaufwendungen

Beschreibung der Maßnahme

Reduzierung der Geschäftsaufwendungen um 5% gegenüber 2010 bis zum Jahr 2013

Ansatz 2010 = 660.400 €

	2010
Minderaufwand	0 €

Umsetzung

Die entsprechenden Produktkonten wurden im Jahr 2010 entsprechend den Vorgaben im Haushaltssicherungskonzept bewirtschaftet (*vorl. Rechnungsergebnis = 566.858,61 €*).

Fazit:

Die Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes wurden weitestgehend im Verlaufe des Jahres 2010 organisatorisch und im Haushalt 2011 bei der Bildung der Ansätze umgesetzt. Aufgrund der im Haushaltsplan 2011 und der Folgejahre bis 2014 erneut auszuweisenden strukturellen Fehlbeträge gilt es, künftig verstärkt Haushaltssicherung zu betreiben.

Entwurf Haushaltssicherungskonzept 2012

Stand 19.12.2011

Anlage

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	Begründung
1	11100	Städtepartnerschaften	10	15.900	1.400	1.400	1.400	Einsparung der jährlichen Haushaltsmittel zur Pflege der Städtepartnerschaften
2	11100	Großraumentdeckertag	10	1.500	1.500	1.500	1.500	Keine weitere Beteiligung der Stadt Burgdorf an der zentralen Veranstaltung zum Grßraumentdeckertag in Hannover
3	11101	Öffentlichkeitsarbeit	10	5.000	5.000	5.000	5.000	Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit (Werbematerial, Broschüren, Give-Aways etc.)
4	11106	Energieeinsparungen	25		2.800	2.800	2.800	Energieeinsparungen durch Sanierung der Heizung und der Wärmedämmung in der GS Otze
5	12201	Bürgerbüro	33	20.000	20.000	20.000	20.000	Wegfall der Samstagsöffnung im Bürgerbüro, dadurch Einsparung 1/2 Stelle
6	126, 21, 272, 365, 366	Budgetierungsrichtlinien		15.000	15.000	15.000	15.000	Einsparungen durch die Einführung von einheitlichen Budgetierungsrichtlinien
7	21100	Lehrschwimmbecken Gudrun-Pausewang-GS	40	33.300	33.300	33.300	33.300	Sofortige und endgültige Schließung des Lehrschwimmbeckens in der Gudrun-Pausewang-Grundschule (saldierte Auswirkungen)
8	27200	Stadtbücherei	40	5.000	5.000	5.000		Reduzierung der Haushaltsmittel für Neuanschaffungen von Medien in der Stadtbücherei (Vorschlag von Abt. 15 aufgrund Controlling-Untersuchung)
9	28100	Aufwendungen für Schützenfeste und Ratsschießen	10	5.500	4.600	4.600	4.600	Die Schützenfeste und das Ratsschießen werden nicht mehr finanziell unterstützt
10	31501	Essen auf Rädern	50	500	500	500	500	Streichung des freiwilligen Zuschusses für den Fahrdienst Essen auf Rädern der Diakonie
11	36300	Jugendamt	511	50.000	50.000	50.000	50.000	Durch geeignete Maßnahmen soll die Notwendigkeit von Heimunterbringungen vermieden werden
12	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	61	1.700	1.700	1.700	1.700	Einführung von Gebühren für die Überprüfung und Korrekturen von Stadtplänen
13	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	61	1.000	1.000	1.000	1.000	Gebührenerhöhung für Vorkaufsrechtsverzichtserklärungen und für Mehrausfertigungen von B-Plänen
14	52100	Gebühren Bauverwaltung	60	1.000	1.000	1.000	1.000	Erhebung von Verwaltungsgebühren für Akteneinsichten
15	54100	Förderung des Radverkehrs	66	15.000	15.000	15.000	15.000	Zurückstellung von Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs
16	54501	Reduzierung der Stromkosten für die Straßenbeleuchtung	66	10.000	50.000	50.000	50.000	Komplette Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen im Zeitraum von 0:00 Uhr bis 5:00 Uhr (alternativ: 1:00 Uhr bis 4:00 Uhr - jährliche Einsparung bei 30.000 €)

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	Begründung
17	54600	Ausweisung zusätzlicher Parkplätze zur Bewirtschaftung mit Parkscheinautomaten	66	18.000	18.000	18.000	18.000	Bewirtschaftung von ca. 45 Parkplätzen auf dem Schützenplatz und ca. 21 Parkplätzen auf dem Finanzamtparkplatz mit Parkscheinautomat (derzeitige Bewirtschaftung mit Parkscheibe)
18	551, 554	Hundetoiletten (s. auch investiv Produkt 55400)	31 / 66	10.000	10.000	10.000	10.000	Abbau der Hundetoiletten
19	55100	Reduzierung Baumpflegemaßnahmen	66			6.000	12.000	Durch verstärkte Auslichtung zu dicht wachsender Gehölzbestände soll im Laufe der nächsten Jahre der Aufwand für Baumpflegemaßnahmen dauerhaft gesenkt werden
20	55200	Gewässerunterhaltung	31	10.000	10.000	10.000	10.000	Streichung des Zuschusses für die Realverbände zur Gewässerunterhaltung der Gewässer III. Ordnung
21	57100	Stadt- und Standortwerbung	80	2.500	2.500	2.500	2.500	Reduzierung von Werbeanzeigen mit allgemeinem Charakter
22	61100	Grund- / Gewerbesteuer	20		25.000	50.000	75.000	Mehreinnahmen bei der Grund- und Gewerbesteuer durch mittelfristige zusätzliche Impulse aus der Vermarktung von Gewerbeflächen, insbesondere am neuen Standort Nordwest
23	61100	Vergnügungssteuer	20	8.000	16.600	16.600	16.600	Anhebung des Steuersatzes für die Spielgerätesteuer von 12 auf 13% ab 01.07.2012
				228.900	**289.900**	**320.900**	**346.900**	

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	Begründung

Sonstiges

Untersuchungen zu möglichen (zukünftigen) Haushaltssicherungsmaßnahmen

	365	Kindergartengebühren	51.1					Neuordnung der Gebührenstaffel bei den KiTa-Gebühren
	42401	Hallen- / Freibad Burgdorf	10					Wirtschaftliche Betrachtungen zur Frage einer Teil-Schließung des Hallen- / freibades Burgdorf
	versch. Produkte	Sponsoring						Vermarktung von Werbeflächen auf städtischen Fahrzeugen.
	versch. Produkte	Organisationsuntersuchungen						Untersuchungen, ob durch eine Änderung der Rechtsform einzelner städtischer Bereiche (Regiebetriebe) Einsparungen zu erzielen sind
	versch. Produkte	Prozessoptimierung						es wird durch den Comtroller geprüft, inwieweit durch Prozessoptimierungen (Prozess-)Kostenreduzierungen zu erreichen sind